



Haushalts- und Finanzausschuss

27. Sitzung (öffentlich)

9. Juni 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:00 Uhr bis 14:20 Uhr

Vorsitz: Manfred Palmen (CDU)

Protokoll: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung

5

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich, **TOP 3 und TOP 12 abzusetzen.**

- 1 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 93 Abs. 2 Schulgesetz (VO zu § 93 Abs. 2 SchulG) für das Schuljahr 2011/2012**

7

Vorlage 15/562

Der Haushalts- und Finanzausschuss **stimmt** dem **Verordnungsentwurf** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP **zu.**

2 Gesetz zur Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes 9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/977

Ausschussprotokoll 15/178

Aussprache zur öffentlichen Anhörung vom 7. April 2011

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich, am 28. Juni 2011 ein **Sachverständigengespräch** zu den von den Koalitionsfraktionen vorgeschlagenen Änderungen des Entwurfs des Gesetzes zur Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes (*siehe Anlage*) durchzuführen.

3 Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und des WDR-Gesetzes 11

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1644

Ausschussprotokoll 15/204

*(Der Punkt ist **abgesetzt** [siehe Seite 1])*

4 Erstes Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes und zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – Erstes KiBiz-Änderungsgesetz 12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1929

Verfahrensabsprache

Der Ausschuss **bestätigt** das von den Fraktions-sprecherinnen und -sprechern bereits vereinbarte Verfahren, sich an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen **Anhörung** am 22. Juni 2011 **zu beteiligen**.

5 Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer 13

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1924 – Neudruck

Verfahrensabsprache

Angesichts der für den 28. Juni 2011 beschlossenen
Anhörung verzichtet der Ausschuss auf eine Beratung.

6 Entwicklung des Landeshaushalts im Ist zum 30. April 2011, insbesondere hinsichtlich der Steuereinnahmen (bis einschließlich Mai 2011) und der übrigen Einnahmen, der Personal- und Zinsausgaben, der Investitionen sowie der Nettokreditaufnahme bzw. der Nettoneuverschuldung 14

Bericht des Finanzministeriums
Vorlagen 15/673 und 15/680

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen ohne Diskussion zur Kenntnis.

7 Regionalisierte Daten der Steuerschätzung Mai 2011, auch im Vergleich zur Steuerschätzung November 2010 und dem dem ursprünglichen Haushaltsentwurf 2011 zugrunde gelegten Steuereinnahmeansatz; insbesondere Darstellung der Auswirkungen auf den Finanzplanungszeitraum 2012 bis 2014 sowie auf die Prognose für den Steuerverbund mit den Kommunen 2012 bis 2014 15

Bericht der Landesregierung
Vorlage 15/678

Die CDU-Fraktion stellt ergänzende Fragen, die zum Teil noch schriftlich beantwortet werden sollen.

8 World Conference Center Bonn 17

Vorlage 15/652

Sich aus der Vorlage ergebende Fragen werden vom Vertreter des MWEBWV beantwortet.

9 Finanzierung des U3-Ausbaus 19

Vorlage 15/672

Nach kurzer Diskussion wird auf Wunsch der CDU-Fraktion vereinbart, den Punkt am 7. Juli 2011 noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen.

10 Feststellungserlass des Finanzministeriums zur Bewirtschaftung der Haushaltsmittel 2011 21

MDgt Dr. Gert Leis (FM) beantwortet Fragen der CDU-Fraktion.

11 Verschiedenes 23

Der Ausschuss **stimmt** dem **Reisevorhaben** des Unterausschusses „Landesbetriebe und Sondervermögen“ für den Fall eines einstimmigen Beschlusses dieses Unterausschusses einstimmig **zu**.

12 WestLB 24

Bericht der Landesregierung

*(Der Punkt ist **abgesetzt** [siehe Seite 1])*

* * *

5 Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1924 – Neudruck

Verfahrensabsprache

Vorsitzender Manfred Palmen teilt mit, dieser Gesetzentwurf sei am 19. Mai 2011 zur federführenden Beratung an den HFA und zur Mitberatung an die Ausschüsse für Wirtschaft, Mittelstand und Energie sowie für Bauen, Wohnen und Verkehr überwiesen worden.

Eine inhaltliche Debatte erscheine auch hierzu heute wenig sinnvoll; denn er habe auf der Grundlage des am 12. Mai gefassten Vorratsbeschlusses des Ausschusses bereits zu einer öffentlichen Anhörung am 28. Juni 2011 eingeladen. Er gehe davon aus, dass die abschließende Beratung am 7. Juli erfolgen könne. Anderenfalls werde er mit den Obleuten einen weiteren Ausschusstermin zwischen dem 7. und dem 20. Juli vereinbaren.

Der **Ausschuss** ist mit dem Verfahren einverstanden.

